



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### **Freiheit in Netz und Medien VII: Kompetenzen zurück zum Nationalstaat**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. das EU-Urheberrechtsgesetz rückgängig gemacht wird,
2. das Gesetz über die digitalen Dienste (Englisch: Digital Service Act) im Europäischen Rat abgelehnt wird,
3. jegliche Form von Uploadfiltern zur Zensur des Internets verboten werden.

#### **Begründung:**

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, welches insbesondere im Internet immer stärker gefährdet wird. Uploadfilter stellen dabei keine Lösung dar, sondern sind Teil des Problems. Weder sind die „automatisierten Verfahren“ technisch in der Lage, korrekt zu interpretieren, ob eingestellte Inhalte rechtmäßig sind oder nicht, noch reichen Ausnahmen wie 15 Sekunden urheberrechtlich geschützter Musik oder Übernahmen von 160 Zeichen Text in einer sich entwickelnden Informationsgesellschaft aus. Die EU-Urheberrechtsreform stellt aus diesem Grund eine weitere Verstärkung der Meinungsbeschneidung dar.<sup>1</sup>

Ähnlich sieht es beim Gesetz über die digitalen Dienste aus. Unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung unterminiert der Entwurf der Europäischen Kommission nicht nur den komparativen Kostenvorteil zwischen Ländern, sondern auch die Meinungsfreiheit der Nutzer. Das Gesetz führt dazu, dass, ähnlich wie beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), Plattformen selber entscheiden, welche Inhalte als legitim oder illegitim gelten. Dadurch erfolgt eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung. Diese Aufgabe obliegt jedoch der Justiz und nicht privatwirtschaftlichen Unternehmen. Rechtsverstöße in einem EU-Land sind nicht zwingend illegal in einem anderen EU-Land. Wie grenzüberschreitende Löschordnungen ablaufen sollen, ist in dem Entwurf ebenso nicht ausreichend geklärt.<sup>2</sup>

Somit sind weder die bestehenden noch die geplanten Regelungen zielführend. Es muss zu vernunftbasierten, nationalen Lösungen zurückgefunden werden, die jeglichen Uploadfilter für Deutschland ausschließen. Nur so können die geltenden Gesetze der EU-Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt und kann auf die jeweiligen Bedürfnisse eingegangen werden.

<sup>1</sup> <https://netzpolitik.org/2021/missbrauchsgefahr-durch-uploadfilter/>

<sup>2</sup> <https://netzpolitik.org/2021/digital-services-act-entfernung-illegaler-inhalte-entzweit-eu-laender>